

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. H. K. K. & Co., Magdeburg, Große Mühlengasse 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabehelfern vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die typographische Zeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restantell Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postbestands-Nr. 5385 Berlin.

Nr. 239.

Magdeburg, Freitag den 12. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

## Die Frage der Fragen.

In den stürmischen Debatten um die Gründung der Vaterlandspartei und alles, was damit zusammenhängt, ging zeitweise das Bewußtsein verloren, daß die Frage der Fragen der Friede ist. Zu ihr hat die Rede Kühlmanns und die anschließende große Debatte über auswärtige Politik zurückgeführt, und es war leider kein sehr erfreuliches Bild, welches sich für die Friedensausichten bot.

Seit der deutschen Antwort auf die Papstnote hat die Friedensfrage keinen Schritt vorwärts gemacht. Das geht ja schon äußerlich daraus hervor, daß die Entente ihrerseits die Papstnote noch immer nicht beantwortet hat, und es noch ungewiß ist, ob und in welchem Sinne sie antworten wird. Nach den Erklärungen Kühlmanns liegt die Schwierigkeit nicht mehr bei Belgien, sondern bei Elsaß-Lothringen. Die Entente steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß Belgien nicht erst auf der Friedenskonferenz Diskussionsgegenstand sein darf, sondern daß seine unerbitterte Wiederherstellung gesichert sein muß, wenn man sich an den Beratungen beteiligt. Nicht ausdrücklich, aber inhaltlich hat die deutsche Regierung der Forderung auf Wiederherstellung Belgiens in der Antwortnote an den Papst wie in früheren Kundgebungen zugestimmt. Sie möchte aber andererseits auch von der Entente die Erklärung haben, daß Elsaß-Lothringens Zugehörigkeit zu Deutschland nicht mehr angefochten werden wird. In der Tat muß es den Franzosen klar sein, daß sie Elsaß-Lothringen nur nach vollständiger militärischer Niederwerfung Deutschlands erhalten könnten, und daß sie zu diesem Zwecke bereit sein müßten, noch auf unabsehbar lange Zeit und mit ganz ungewissem Ergebnis das Morde fortzusetzen. Gleichwohl bleibt es leider noch immer fraglich, ob sie auf diese Friedensbrücke treten werden.

### Die Rede Kühlmanns ließ den reinen Verteidigungscharakter

des deutschen Krieges, der niemals hätte verdunkelt werden sollen, klar hervortreten. Und sofort zeigte sich die Wirkung, die eintreten mußte, nämlich eine weitgehende Uebereinstimmung der Parteien des Reichstags. Selbst der konservative Redner übte nur mit großer Zurückhaltung Kritik, und der Nationalliberale Dr. Stresemann, der sonst recht eifrig in die chauvinistische Trompete stößt, erklärte sich sogar in allem Wesentlichen mit Kühlmanns Darlegungen einverstanden. So wurde der praktische Beweis geführt, daß auf das Programm der Wahrung des deutschen Besitzes nahezu alle Richtungen und Meinungen vereint werden können, und daß es nur das Gänselein der Eroberungsfanatiker ist, welches mit seiner müßigen Propaganda die gefährlichste Zwietracht ins deutsche Volk trägt.

Die Debatte über die auswärtige Lage verlief ruhig, fast akademisch. Sie erörterte die Kriegsschuld, die Verdienste oder Fehler früherer Kanzler und das Kriegszielprogramm. Nur leise angedeutet wurden die Nachteile, die neben dem Eroberungswillen der Feinde dem Fortschritt der Friedensfrage im Wege stehen. Es sind neben der Agitation der Eroberungsvollzieher, welche infolge ihres Lärmes und der bisherigen Unklarheit der Regierung im feindlichen und neutralen Ausland viel Mißfallen erregt, die ewigen innern Kriegen, die wir seit vier Monaten durchleben. Der Sturz Bethmanns hat sich unzweifelhaft nicht als friedensfördernd erwiesen; es ist müßig, darüber zu streiten, ob er es hätte werden können, wenn sein Nachfolger von vornherein eine feste und glückliche Friedenspolitik getrieben hätte. Tatsächlich hat

### Bethmanns Rücktritt eher geschadet als genutzt,

und bei den Friedensfreunden auch unter den Neutralen mehr Mißbilligung als Vertrauen hervorgerufen. Die Wechselfälle der kanzlerische Michaelis mit ihren Zweideutigkeiten und prätern Aufklärungen, mit ihrem kompromittierenden Jubel der Alldeutschen, der freilich auch sehr bald verstummte, und mit ihren wiederholten jäheren Zusammenstößen zwischen Reichstagsmehrheit und Regierung haben der weiteren Förderung des Friedens unpreiswürdige Steine in den Weg gewälzt. Mit hartem Nachdruck hat Herr v. Mühlmann betont, daß nur im Einvernehmen mit Volksmehrheit und Parlamentsmehrheit die Regierung die nötige Autorität zum Friedensschluß gewinnen könne.

Die Reichstagsmehrheit hat entgegen der sozialdemokratischen Forderung dem Mißtrauensvotum gegen Michaelis nicht zugestimmt. Aber ihr Verhalten war nur durch die taktische Rücksicht bestimmt, nicht schon wieder eine neue Krise herbeizuführen. Ueber die Tatsache, daß Michaelis dem Reichskanzleramt nicht gewachsen ist, und daß er unmöglich noch auf lange Zeit in diesem Amte bleiben kann, besteht nicht der mindeste Zweifel. Es wäre zu wünschen, daß der Wechsel möglichst rasch und ohne Krise vor sich geht; denn Michaelis ist jetzt wirklich ein Friedenshinderer geworden, und der neue Mann muß ein Friedensförderer werden.

Nutzer der auswärtigen Politik kam am Mittwoch noch die sozialdemokratische Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht zur Sprache, wobei unser Genosse Robert Schmidt eine erdrückende Fülle von Material dafür beibrachte, daß in einzelnen Körperschaften tatsächlich das Versammlungsrecht der Arbeiter so gut wie aufgehoben ist.

Wir verweisen auf den nachstehenden ausführlichen Verhandlungsbericht:

Am Mittwoch wurde die Debatte über die

### auswärtige Politik

fortgesetzt

Herr v. Mühlmann (Soziald. Sp.): Die einseitige politische Front mit unsern Bundesgenossen ist eine wertvolle Kraftquelle. Von einseitigen Eroberungszielen muß jedes Glied unserer Bundesgenossen. Die Alldeutschen haben niemals die Macht in der Regierung gehabt, aber sie haben das Mißspiel und die Gehärd der Regierung zum Teil mitbestimmt, und dadurch konnte den Völkern eine deutsche Gefahr an die Wand gemalt werden. Es muß eine Neuorientierung unserer Diplomatie eintreten. Bethmann-Dollweg hat stets die richtigen Ansichten vertreten, die neue Regierung hat zunächst keine Klarheit aufkommen lassen, ob sie den Standpunkt der Reichstagsmehrheit teilt; aber bei der Formulierung der Antwort hat sich der Reichskanzler völlig auf diesen Standpunkt gestellt. Wenn die Gegner jetzt Elsaß-Lothringen als Artgeißel hinstellen, so haben sie den Kampf auf Tod und Leben angelegt. (Beifall.) Die propagierenden Reden der Centralen um, sollen nur verhindern, daß im eignen Lande unsere Friedensangebote ein Geis finden. Da ist es fraglich, ob es richtig ist, daß wir nur durch die Blume sprechen wie gestern der Staatssekretär von Kühlmann, der nur den Diplomaten und nicht den Völkern gesagt hat, daß wir

### Belgien nicht behalten

wollen. Die Alldeutschen sind die Vogelwächter der Friedensstunde und die Schrittmacher der Kriegsverlängerer der Entente. (Sehr laut links.) Wir brauchen eine Regierung größter Volkstümlichkeit. Mit den bisherigen Methoden hat die Regierung nicht die nötige enge Fühlung mit dem Parlament gefunden, davon darf auch unsere gestrige Abstimmung keinen Zweifel lassen. Wir haben Zurückhaltung geübt, um dagegen nicht den Eindruck eines Konflikts entstehen zu lassen. (Beifall.)

Herr Dr. Stresemann (natl.): Diplomatisch sind wir leider ganz ungerührt in den Weltkrieg eingetreten. Militärisch sind wir dank unserm Heer und seinen Führern die Hederlagenen. Der U-Vor-Entwurf hat mehr gelehrt als von ihm erwartet wurde. Die Erneuerung der englischen Flotte hat gegenüber dem geräumten Schiffraum nicht stand. Das erkennen man jetzt auch ziemlich allgemein in der erstarrten englischen Presse an. Gewiß ist die weltpolitische Lage seit dem 1. Februar für uns komplizierter geworden, aber keineswegs allein als Folge des U-Vor-Entwurfs, sondern überdies auch durch die Ungeklärtheiten unter diplomatischen Vertretern im Ausland. (Zustimmung links u. b. d. Reil.) Die Rede des Staatssekretärs Kühlmann war nach dem, was wir sonst in letzter Zeit vom Regierungsrat gehört haben, eine wahre Erquickung, wenn meine Freunde auch nicht überall den Gedankengängen Kühlmanns zustimmen können. Am 19. Juli haben wir der Friedensvorschlag nicht zugestimmt, weil wir fürchteten, sie könnte mißverstanden werden. Der Erfolg hat uns recht gegeben. Auch ich lehne die Forderung ab, England auf die Knie zu zwingen. Aber auf die Friedensstunde wollen wir England zwingen. Hindenburg hat zu einem neuen Burgfrieden gemahnt. Meine politischen Freunde verwerfen auf das entschiedenste das Bestreben, das Volk in vaterlandsliebende und nichtvaterlandsliebende zu teilen. (Beifall links, b. d. Reil. u. l. Jr.) Nur in der Einigkeit der Ziele zum Vaterland ist Deutschland unüberwindlich. (Beifall links.)

Herr Graf Westarp (kons.): In der Zurückweisung der anliegenden Antwort Wilsons auf die päpstliche Note ist das ganze Volk einig. Was anders war der Ton in unser und der österreichischen Antwortnote. Aber sowohl die Papstnote wie auch ein Teil der jüngsten Ausdrückungen des Grafen Czernin werden den Lebensnerven Deutschlands nicht gereicht. Der Währungsgehalt kann bei den Friedensverhandlungen nicht zur Debatte gestellt werden; zumal die Einzelheiten der Frage zu schwierig zu lösen sind, daß dadurch das Zustandekommen des Friedens nur hinausgeschoben werden könnte. (Sehr richtig! rechts.) Das der Staatssekretär gestern über Elsaß-Lothringen sagte, war

ausgezeichnet und hat die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes. Aber es ist eine Verbiegung der richtigen Sachlage, wenn man es so hinstellt, als wenn Elsaß-Lothringen allein ein Hindernisgrund des Friedens wäre. (Sehr richtig! rechts.) Der europäische Kontinent muß befreit werden von der Tyrannei Englands und des mit ihm verknüpften amerikanischen Großkapitals. (Sehr richtig! rechts.) Die letzte Rede des Staatssekretärs vom Reichskanzler enthält allerdings gewisse Stellen, die uns beunruhigen. Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags können die Regierung von ihrer Verantwortung nicht befreien. (Sehr richtig! rechts.) Unsere militärische, politische und wirtschaftliche Lage gibt uns das volle Recht, einen starken deutschen Frieden durchzusetzen. (Bravo! rechts.)

Herr Warmuth (D. Jr.): Auf keinen Fall darf in Zukunft Belgien Aufmarschgebiet unserer Feinde sein. Die Sozialdemokraten verlangen, die Völker sollen selbst über ihre Staatszugehörigkeit bestimmen; dann müssen sie dafür eintreten, daß die belgischen Provinzen an Deutschland kommen. Wir brauchen sie auch als Siedlungsland. Es gibt ja auch ein moralisches Recht auf Eroberungen, und das haben wir, in deren Gebiet der Feind eingedrungen ist, auf unserer Seite. Zur Schlichtungsfrage ist zu sagen, daß ein großes Volk seine Lebensfragen nie der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterwerfen kann.

Herr Ledebour (Unabh. Soz.): Ueber seine Stellung zur Friedensresolution des Reichstags haben wir vom Reichskanzler nicht schon die vierte Erklärung gehört; aber Klarheit ist auch dadurch nicht geschafft worden. Grundsätzlich war die Mehrheit, die hinter jener Resolution stand, damit zufrieden. Diese Mehrheit wollte doch für einen Fortständigungsfrieden eintreten; der Reichskanzler aber arbeitet als Fernheraus, das deutsche Volk zu täuschen. (Sehr richtig! b. d. Reil.) Gewiß, sehr richtig! Nur was dieser Eventualfall nicht der Zweck der Resolution. So hat denn der Reichskanzler das Wohlgefallen der Mehrheit und der Alldeutschen erworben. Der Reichskanzler hat vollkommen freie Hand; das hat er übrigens auch im Hauptansatz ausdrücklich festgelegt. Auch der Staatssekretär v. Kühlmann hat mit ausdrücklichen Worten nicht einen Verzicht auf Belgien ausgesprochen, wenn seine Worte, außer Elsaß-Lothringen bestehe kein ernstes Hindernis für Friedensverhandlungen, auch eine solche Deutung zulassen. Die bürgerlichen Parteien schließen überhaupt nicht Annerexionen aus; auch der Abgeordnete Lehmann vom Zentrum hat sich gestern nur gegen „weitgehende“ Annerexionen ausgesprochen. Solche Verschiebungen müssen im Ausland den Eindruck der Unentschiedenheit Deutschlands erwecken. Auch Herr v. Mühlmann hat sich nicht völlig losgelöst von den bisherigen Methoden der Täuschungs- und Vergewaltigungsdiplomatie. (Präsident Doktor Kampff rügt diesen Ausdruck.) Die Aufforderung des Grafen Kurprinz an die deutsche Regierung, sie solle argentinische Schritte entgegen freilassen oder für hundertprozentige Verschönerung sorgen, also mißtraut der Wahrheit. In das Interesse, was ich je gelesen (Zustimmung b. d. Unabh. Soz., und ich hoffe, daß dieselbe Empörung wie bei dem Paralongfall auch hierauf sich geltend macht. Aber eine Politik, die sagt, um England auf die Knie zu zwingen, ist mir kein Mittel schlecht genug, muß zu solchen Zugeständnissen führen, die die deutsche Politik in der ganzen Welt verhaßt machen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Um solche Weise wird Deutschlands Ansehen aufs schmerzliche geschädigt. Ketten können wir es nur, indem wir von dieser Träne unsere Entrüstung über solche Scheußlichkeiten zeigen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Ihre

### Unfähigkeit zeigt die deutsche Regierung

auch bei der Ordnung der heftigen Angelegenheiten in den von unsern Truppen besetzten Gebieten. In Polen, Rumänien, Litauen begrüßte man sie als Befreier vom Jarenregiment. Aber statt der Freiheit brachte die deutsche Regierung nur ihren eignen Bureaucratismus dort hin. Es sind ja auch Verbredungen im Gange, die belgischen Provinzen an Deutschland anzuhängen. Die Herzen, die dafür eintreten, meinen fälschlich, es handelt sich um deutsche Länder. (Zuruf: Deutsche Kultur! Rapsodier ist nicht diese, sondern die europäische Kultur; über 90 Prozent der Bevölkerung ist nicht deutsch. In Lige weihen machen die Deutschen nur ein Beispiel der Bevölkerung aus. Die große Majorität bilden die Polen, die auch den Bürgerkrieg aus ihren Reihen geschäft haben. Solange die deutsche Armee hier ist, ist es natürlich möglich, eine aus der deutschen Kinderzeit bestehende Regierung einzusetzen; nach dem Kriege wird das ja nicht so einfach geben. Die Einsetzung einer deutschen Konsortationsregierung in Lige war das Ungeduldste, was man machen konnte. Die Friedensfreunde in Russland, die russischen Sozialdemokraten, die Republikaner, müssen dadurch natürlich vor den Kopf gestoßen werden. Wer noch mit einem weiteren Kriegsjahr rechnen, der stellt die Stimmung des Proletariats nicht in Rechnung. Wir stehen gegenüber dem diplomatischen Zusammenbruch des gegenwärtigen Systems. Wir erleben die Götterdämmerung des Kapitalismus. Die Proletarier aller Länder waren bisher nur Werkzeug und Opfer des Krieges. Jetzt dämmert in den Völkern die Erkenntnis auf, daß das Proletariat dem Krieg ein Ende machen kann, sobald es erschlossen ist, seine Macht zu gebrauchen. Räuberei Sie sich nicht; der Gedanke eines vierten Kriegswinters ist für das Proletariat unerträglich; wenn nicht in allernächster Zeit die Regierungen zum Frieden kommen, so wird unter dem Druck der wachsenden Not in allen Ländern ein internationaler Massenstreik mit elementarer Gewalt hervorbrechen, um den Frieden zu erzwingen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz., Unruhe rechts.) Wenn das Proletariat so den Frieden herbeiführt hat, kann wird es auch hart genug sein, dafür zu sorgen, daß niemals mehr Dummköpfe oder Verbrecher die Welt mit







haben, sei ungerechtfertigt. Der Gegenstand erfordert unsere Erachtens bringen eine gerichtliche Klärung, und wir stehen auch nicht an, zu sagen, daß wir es taktisch richtiger gefunden haben würden, wenn die Politiker dem Strafrichter mit dem Urteil nicht vorgegriffen hätten.

Die Scharfmacherpresse, die jetzt einhellig der „Waterlandspartei“ Gefolgschaft leistet, ist natürlich über den Bluff vom Regierungstisch enttäuscht und in allen Tonarten heult die Kapelle des Herrn Capelle wieder: „Die gebrandmarkten Unabhängigen.“

In diesem Chorus findet sich auch die — Magdeburgische Zeitung, deren „Berliner Redaktion“ aus lauter Ehrfurcht vor der Uniform sich selbst in Entrüstung übertrifft. Sie ist nicht einmal durch die Tatsachen ernüchert, daß der verabschiedete Vorstoß des Kanzlers und seines Marine-Sekretärs bei den Reichstagsparteien selbst auf föhliche Ablehnung gestoßen ist und nur bei den Kreth und Westarp jubelnden Beifall fand. Die „Magdeburgische Zeitung“ will die „moralische Verantwortung“ der Gaase und Dittmann für die Taten der erschossenen Matrosen vor aller Welt feststellen. Bedinglich weil der Staatssekretär das gesagt hat! Was ist denn sonst an „Schuld“ er-

wiesen worden? Wir registrieren diese halbe Übereinstimmung zwischen „Magdeburgischer Zeitung“ und „Deutscher Tageszeitung“ und den Berliner Blättern, die offen der Schwerindustrie tributpflichtig sind, hier lediglich, um zu zeigen, wie sich langsam die übelsten Reichsverbandsfitten seligen Angedenkens wieder einzunisten beginnen!

Die nationalliberale „National-Zeitung“ sagt in ihrer Mittwoch-Abendausgabe:

Man wird der Regierung nicht einmal den schwachen Milderungsgrund zubilligen, sie habe in übereilter Unvorsichtigkeit gehandelt, denn die Regierung hat sich mit den Vorgängen, die gestern zur Sprache kamen, bereits vor einiger Zeit befaßt, und sie hat sich schon damals Rat geholt, welchen Weg sie einschlagen solle. Der Regierung ist damals von verschiedenen Seiten dringend nahegelegt worden, den Weg, den sie gestern wählte, zu vermeiden. Sie hat des Rates nicht geachtet. Sie hat gewußt, daß das Material, über das sie verfügt, zur Erhebung einer Anklage nicht ausreichte, sie hat gewußt, daß der Reichsausschuß nicht den Antrag stellen konnte, die Immunität der drei Abgeordneten aufzuheben, und sie hat dennoch so gehandelt, wie man es gestern erlebte.“

Selbst die extrem-alledeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ halten das Vorgehen des Kanzlers „mehr als ungeschickt“. Der „Vorwärts“ aber hält Michaelis als erledigt, und spricht bereits vom „Kampf um den toten Mann“. „Daß er als Reichskanzler endgültig und vollständig unmöglich geworden ist, das braucht man nach den Schreckensszenen des 9. Oktober wohl niemand mehr beweisen, wohl auch ihm selber nicht. Es darf nicht noch einmal vorkommen, daß der telegraphische Auslandsdienst gesperrt werden muß, weil der Kanzler des Deutschen Reiches in öffentlicher Reichstagsitzung eine Rede gehalten hat, von deren wörtlicher Verbreitung man Schaden fürchtet. (Nachdem ein Schuß mit großem Mute abgefeuert ist, läuft man der Kugel nach, um sie wieder einzufangen!) Herr Michaelis muß sich durch schleunigen Rücktritt die Achtung, die ihm das Land für frühere Verdienste schuldet, wiedergewinnen; er muß durch einen geeigneten Nachfolger ersetzt werden.“

# Was der Krieg bringt.

## Die Flandernschlacht.

Ueber die neue Schlacht in Flandern wird im halbamtlichen Ergänzungsbericht folgendes mitgeteilt:

Nach tagelangem Beschützungskampf setzte am 9. Oktober morgens stärkstes Trommelfeuer ein. Gegen 7 Uhr vormittags brachen die tiefgegliederten dichten Massen der Engländer und Franzosen in fast 20 Kilometer Breite zwischen Dixschote und Ghelubelt gegen unsere Linien vor. Schon in die dichten Angriffskolonnen schlug unser vernichtendes Sperr- und Abwehrfeuer und riß breite blutige Lücken in die Reihen der Angreifer, während von unzähligen Punkten aus deutsche Maschinengewehre die Sturmkolonnen niederhämmernten.

Bei ununterbrochener heftiger Artilleriewirkung warf der Gegner rücksichtslos immer neue Reserven in den Kampf, und ließ sie wiederholt ohne jede Kräfte schonung an einzelnen Stellen bis zu sechsmal gegen unsere Stellungen antreten. Den ganzen Tag über bis tief in die Nacht dauerte der erbitterte Kampf. Durch wuchtige Gegenstöße und im heißen Nahkampf wurden die anstürmenden feindlichen Massen in der Linie Poelkapelle bis südlich von Ghelubelt restlos abgeschlagen. Bei den wiederholten vergeblichen Angriffen gegen diese 13 Kilometer breite Front erlitt der Gegner allerschwerste blutige Verluste.

Nur zwischen Draaibank und Poelkapelle konnte die Uebermacht des anstürmenden Feindes unter gewaltigen Opfern in etwa 1500 Meter Tiefe in dem zertrümmerten Trichtergerände Boden gewinnen. Hier verhinderte sofort einsetzender Gegenstoß jede Erweiterung des feindlichen Anfassungserfolgs. Erst spät in der Nacht flaute das feindliche Feuer um ein geringes ab, blieb aber auch dann noch als kräftiges Störungsfeuer auf der ganzen Kampfzone liegen.

Auch dieser neue Großkampf englischer und französischer Massen endete mit einem völligen Mißerfolg, und bewies wiederum, wie in den vorhergehenden neun Kampfzügen an der Flandernfront, daß auch der stärkste Einsatz und die größte Ueberlegenheit an Menschen und Material nichts gegen die Widerstandskraft der heldenhaften deutschen Flandernarmee vermögen. Allen zehn Angriffen an der Flandernfront ist jeder strategische Erfolg verjagt geblieben.

Am Abend desselben Tages steigerte sich auch an der Aisnefront das feindliche Feuer zu großer Stärke gegen unsere Stellungen von La Motte bis Fort Malmaison, worauf ein starker französischer Vorstoß mehrerer Kompanien gegen unsere Linien vorbrach. Unter blutigen Verlusten wurde der Feind größtenteils im Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer, an einzelnen Stellen durch Gegenstoß restlos abgewiesen.

46000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet: In allen Teilen des Mittelmeers wurden dem feindlichen Schiffsverkehr durch unsere H-Boote wieder schwere Verluste zugefügt. Zwölf Dampfer und dreizehn dreifrig Segler sind zusammen über 16000 Bruttoregistertonnen sind trotz des bereits stark verminderten Seeverkehrs versenkt worden. Darunter waren zwei Transporter, beide wahrscheinlich mit Truppen an Bord, ferner der englische Dampfer „Gibraltar“ (3000 Tonnen) mit 3000 Tonnen Getreide nach Südfrankreich, und der griechische Dampfer „Alkon“ (2161 Tonnen) mit 3500 Tonnen Kohlen für Italien.

## „Seeadler“-Taten.

Der „Daily Mail“ wird aus Sydney berichtet: Der Dampfer „Seeadler“ hat ungefähr 1000 Tonnen. Er verließ als norwegisches Holzschiff vermannet Deutschland. Die Besatzung waren an Bord so angeordnet, daß innerhalb der Fretterwand Raum für die Mannschaft übrigblieb. Ein Torpedofluger hielt den „Seeadler“ an, ließ ihn aber, da die Schiffsbesatzung in Ordnung waren, passieren. Als der Dampfer den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans erreichte, wurde das Boot, das kurz vorher mit den Operationen begonnen. Die Besatzung erklärte, daß sie in kurzer Zeit Schiffe im Norden von der Mittelmeer-Stunde Sterling zum Sinken gebracht habe.

Der „Seeadler“ kam bis in die Nähe von Australien und jing dort ein Schiff ab, das mit Steinkohlen nach Honolulu unterwegs war. Nachdem der Dampfer 8 Monate auf See gewesen war, war der Schiffskörper so reinigungsbedürftig geworden, daß der Kapitän das Schiff in der Bucht der Moehainel auflaufen ließ. Die Reinigungsarbeiten machten gute Fortschritte, als eine Springflut den Dampfer ergriff und tief in den Korallenland absenkerte.

# Den Taler, die Mark, den Groschen, den Pfennig

heraus aus den Taschen!  
Wie viele Schneeflohen Lawinen ergeben, wie viele kleine Ameisen die Leise zu einem großen Bau zusammenschleppen, so müssen bei der 7. Kriegsleihe aus ungezählten kleinen Zeichnungen die Milliarden erwachsen, die das Vaterland braucht, um den Troß der Feinde endgültig zu brechen.

Darum zeichne!

Ein neuer Einfall.

Die Alldeutschen haben in Saßel unter Ausnutzung der Presse Verbandstag abgehalten und ihr Eroberungsprogramm entwickelt, an dem nichts gefehlt hat: Belgien, halb Nordfrankreich, Kurland, Litauen, große Kolonialreiche überall in der Welt, Verjagung der Engländer aus dem Mittelmeer, aus Indien und Irland und mindestens 100 Milliarden Kriegsschadung.

Wie und wann man das alles erreichen soll, wenn man schon irgendeinen Nutzen davon hätte, es zu erlangen, darüber zerbrach man sich natürlich nicht sehr den Kopf. Immerhin ist es anerkennenswert, daß die Alldeutschen zu ihrem alten Programm ein neues Stück hinzugefügt haben, sie fordern jetzt auch die Kohlengruben im Bezirk von Valenciennes. Das ist außerordentlich geschickt. Beim Erzbecken von Briey und Longwy konnten die Alldeutschen sich noch wenigstens darauf berufen, daß es in den deutschen Grenzen wirklich an Eisenerz mangelt; Kohlen hingegen hat Deutschland im reichsten Maße, während Frankreich damit schon vor dem Krieg sehr knapp versorgt war. Trotzdem fordert man den Kohlenbesitz von Valenciennes!

Es kommt den alldeutschen Eroberungsprogrammen offenbar gar nicht mehr darauf an, wonach sie kämpfen, wenn sie nur recht laut schreien können.

## Notizen.

Eine Anfrage im Reichstag. Die Abgeordneten Keil und Stücken haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Die Soldaten, die bei ihrer Einziehung eigne Unterwäsche mitbringen und dauernd benutzen, haben einen Anspruch auf Entschädigung. Bei manchen Truppenteilen warten die Soldaten seit Jahren auf die Auszahlung dieser Entschädigung. Ist der Herr Reichskanzler bereit, für eine generelle Verfügung an alle Truppenteile zu sorgen, die bestimmt, daß diese Entschädigungen unverzüglich ausbezahlt werden? Ist der Herr Reichskanzler ferner bereit, eine Anweisung an die Intendanturen zu erwirken, damit den Mannschaften die ihnen zustehende Unterkleidung regelmäßig geliefert wird.

Kommunale Verständigung in Köln. Der neue Kölner Bürgermeister Adenauer hat zu den bevorstehenden Stadterordnetenwahlen zwischen den beiden Kölner Katholikenpartien, Zentrum und Liberalen, und den Sozialdemokraten Verhandlungen zu fördern gesucht, nach welchen die Bürgerlichen der Sozialdemokratie drei Mandate freiwillig zur Verfügung stellen wollen. Bürgermeister Adenauer erklärte dabei, es sei nicht angängig, daß die Sozialdemokraten im Kölner Rathaus weiter untertreten bleiben. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins wird die Verhandlungen weiterführen.

Der Bruch mit Bern. Der peruanische Gesandte in Berlin übergab dem Auswärtigen Amt eine Note, in der der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zu dem Deutschen Reich mitgeteilt wird. Gleichzeitig hat der Gesandte um die Rache.

Für das freie Versammlungsrecht. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der energisch die Aufhebung der Beschränkungen gefordert wird, die den Gewerkschaften bei Abhaltung von Versammlungen auferlegt werden. In dieser Eingabe wird u. a. gesagt: „Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände verlangen kein besonderes Recht und keine Bevorzugung. Sie fordern das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit, wie sie die Unternehmer haben, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen. Die Unternehmer können durch ihre geringe Zahl leicht ohne Versammlungen verständigen. Die Arbeiter und Angestellten bedürfen dazu der unerschütterlichen Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts. Differenzen können durch sofortige Rücksprache mit den beteiligten Arbeitern in einer Versammlung in einigen Stunden beigelegt werden. Wer den Arbeitern das Recht nimmt, unbefristet und zu jeder Zeit zu solchen Versammlungen zusammenzutreten, hindert sie nicht nur an der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sondern trägt auch die Verantwortung für Konflikte, die eine Störung der Produktion für den Lebensbedarf herbeiführen.“

## Luftschlacht über Flandern.

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1917. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz; Ausrüstung.

Im flandrischen Küstenabschnitt und zwischen Blankenberge und Poelkapelle steigerte sich der Artilleriekampf nachmittags zu großer Stärke. Bei Draaibank griffen die Franzosen erneut an, ohne einen Erfolg zu erzielen. Auf dem Kampffeld östlich von Ypern war das Feuer wechselseitig stark; die Engländer griffen nicht an.

Bei einer abends sich über Zonnebete-Zandvoorde entwickelnden Luftschlacht, an der rund 80 Flugzeuge beteiligt waren, wurden drei feindliche Flieger abgeschossen.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas ertrifft niederrheinische und westfälische Bataillone nach wirkungsvoller Feuerbereitung den Feind durch kraftvollen Artilleriewichtigen Gelände im Chauwe-Walde. Der Feind führte vier kräftige Gegenangriffe, die sämtlich verlustreich scheiterten. Mehr als 100 Gefangene und einige Maschinengewehre fielen in unsere Hand.

Nach südwestlich von Beaumont und bei Bezonvaux hatten eigene Parköche in die französischen Linien vollen Erfolg.

#### Westlicher Kriegsschauplatz

Das an mehreren Stellen der Front lebhaft steigende Feuer verstärkte sich zeitweilig in der rumänischen Ebene und bei Braila, das von den Russen beschossen wurde. Zur Vergeltung nahmen unsere Batterien Galas unter Feuer, wo Brände ausbrachen.

#### Mazedonische Front

Lebhafte Artillerietätigkeit in der Enge zwischen Ohrida und Prespa-See, im Cernabogen und zwischen Bardar und Doiran-See. Mehrfach vorstoßende Erkundungsabteilungen der Gegner wurden vertrieben.

Im September beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Gefechtsballone und 374 Flugzeuge, von denen 167 hinter unsere Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 22 Flugzeuge und 5 Gefechtsballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.







## Sozialdemokratie und Finanzpolitik.

Aus dem Referat, das Reichstagsabgeordneter Wilhelm Reil dem Parteitag in Würzburg über Finanzpolitik erstattet, geben wir heute einen längeren Auszug:

Die Aufgabe, für die Kriegskosten Deckung zu schaffen, läßt sich in ihrem ganzen Umfang erst übersehen, wenn der Krieg zu Ende ist. Solange der Krieg fortdauert, wachsen nach dem gegenwärtigen Stande der Ausgaben jeden Monat 3 Milliarden Mark Schulden hinzu. Am Jahresabschluss 1917 wird das Deutsche Reich rund 100 Milliarden Mark für die Zwecke des Krieges ausgegeben haben. Diese Summe ist ganz durch Anleihen aufgebracht. In ihr spiegelt sich aber noch nicht die gesamte finanzielle Last, die der Krieg dem deutschen Volke aufbürdet. Die Summen, die von den Bundesstaaten, Provinzen, Gemeindeverbänden und Gemeinden für die Zwecke der Kriegsfürsorge aufgewendet werden, kommen hinzu. Allein die Aufwendungen für die reichsgezügliche Unterstützung der bedürftigen Familien zum Militär eingezogener Mannschaften, die von den Lieferungsverbänden auf Rechnung des Reiches beschafft werden, dürften sich auf etwa 3 Milliarden belaufen. Nur 500 Millionen sind davon vom Reich bis jetzt zurückerstattet.

Aus der Schuldenlast von 100 Milliarden ergibt sich eine Zinspflicht in Höhe von 5 Milliarden jährlich.

Würde man sich auf eine Schuldentilgung von 1 Prozent festlegen, so läme ein jährlicher Einnahmehbedarf von 1 Milliarde jährlich hinzu. Ferner sind die Einnahmen zu beschaffen für die Aufwendungen an Pensionen, Renten, Unterstützungen für Kriegsinvalide, Kriegswitwen und -waisen. Der hierfür erforderliche Betrag, der während des Krieges aus Anleihenmitteln bestritten wird, künftig aber durch laufende Einnahmen gedeckt werden muß, dürfte nach dem Stand am Anfang des vierten Kriegsjahres auf annähernd 4 Milliarden jährlich zu schätzen sein. Das ergibt zusammen einen jährlichen Mehraufwand des Reiches von etwa zehn Milliarden Mark, ohne die Ausgaben für Wiederinstandsetzung der Friedenswirtschaft und für die großen sozialpolitischen Aufgaben, die nicht vernachlässigt werden dürfen. In welchem Maße die Summen weiter wachsen, hängt von der Dauer des Krieges ab.

Bei der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage kann mit Kriegsende nicht gerechnet werden. Eine Abwägung der Kriegskosten der einen Mächtegruppe auf die andere ist nicht mehr denkbar. Unverantwortlich wäre es daher auch, um der Kata Morgana der Kriegsende willen den Krieg mit seinen unermeßlichen Menschen- und Geldopfern fortzusetzen. Während gewirkt hat der Reichstagsbeschuß, daß mit dem von ihm erprobten Verständigungsstreden politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar sind.

Die Bedeutung der Summen, die künftig vom deutschen Volke aufzubringen sind, tritt noch schärfer zutage, wenn man ihnen das deutsche Volkvermögen und Volkseinkommen gegenüberstellt. Steinmann-Bader schätzt das gesamte Volkseinkommen einschließlich des im Besitz öffentlicher Körperschaften befindlichen auf 400 Milliarden. Mehr als ein Viertel dieses Volkseinkommens ist durch die Kriegsschulden verpfändet. Von den Schulden des Reiches und der Bundesstaaten traten vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung etwa 15 Mark, am 1. Januar 1918 wird jeder Bewohner des Reiches durchschnittlich mit etwa 1800 Mark Reichs- und Staatsschulden belastet sein. Das gesamte deutsche Volkseinkommen wurde 1913 auf 40 Milliarden berechnet. Daben wurden etwa 25 Milliarden für den Verbrauch, 6-7 Milliarden für öffentliche Zwecke und 8-9 Milliarden

zur Kapitalbildung verwendet. Die gesamten Steuereinnahmen aller öffentlichen Körperschaften Deutschlands betragen 1913 5078,7 Millionen Mark (ohne die Erwerbseinkünfte). Künftig werden sie 15-16 Milliarden betragen müssen.

Die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hat aber durch den Krieg eine Verminderung erfahren. Der Krieg hat ein gewaltiges

### Heer von tüchtigen Menschen vernichtet.

ein zweites Heer vermindert Leistungsfähiger geschaffen, die Geburtenziffer gewaltig herabgedrückt, den Ernährungszustand des ganzen Volkes verschlechtert, alle Waren- und Rohstoffvorräte verfrachtet, Produktions- und Verkehrsmittel abgetrieben, den Grund und Boden weniger ergiebig werden lassen, den Viehbestand reduziert, alle Handelsbeziehungen mit dem Ausland zerstört und keine guten Aussichten auf baldige Wiederaufknüpfung der Fäden des Weltwarenverkehrs eröffnet.

Die geschwächten Kräfte der Arbeiterklasse bedürfen im Interesse der Gesamtwirtschaft der Erholung und Stärkung. Darum muß die Sozialdemokratie alle Kräfte aufbieten, um vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus bei der Lösung des großen Problems der Kriegskostendeckung Einfluß zu gewinnen und auszuüben. Sie darf sich nicht an doktrinaire Formeln klammern, sondern muß bei der Lastenverteilung praktisch mitarbeiten, um die Arbeitskraft, den wertvollsten Bestandteil des Volkseinkommens, gegen Überlastung zu schützen.

Die Steuerpolitik des Reiches während des Krieges hat diesen Anforderungen nicht entsprochen. Obgleich sie im Gegensatz zur englischen Finanzpolitik darauf verzichtete, einen Teil der Kriegskosten sofort durch Steuern zu decken und sich auf die Beschaffung der Mittel beschränkte, die zur Verzinsung der rasch wachsenden Kriegsschuld nötig sind, ist sie doch zu sehr empfindlichen Belastungen des Massenbedarfs und des Massenverkehrs geschritten, einer systematischen Vermögenssteuer aber aus dem Wege gegangen. Die Besteuerung des im Krieg erzielten Vermögenszuwachses stellt keine dauernde Beschlastung, sondern im wesentlichen nur die Zurückforderung eines Bruchteils der Heberproffite dar, die von den Kriegsgewinnern auf Kosten der Volksgemeinschaft erzielt werden. Auf die im Krieg eingeführten Massenverbrauchs- und Verkehrssteuern muß zurückgegriffen und ihre Erhebung durch gerechte und wirtschaftlich zweckmäßige Steuern muß gefördert werden, wenn es das große Finanzgebäude der Zukunft aufzurichten gilt. Dann wird unsere Forderung der stufenweise steigenden Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung an Gewicht gewinnen.

### Die erste Aufgabe nach dem Kriege wird sein, eine Generalinventur aller Vermögen

anzunordnen und alle während des Krieges gewachsenen Vermögen auf den Stand vor dem Kriege zurückzuschneiden. Die Schicht der Kriegsgewinner verdankt ihren unerwartet gewonnenen Reichtum der Verarmung und Heberhöhung des Reiches und der breiten Volksmassen. Das normale Rechts- und Moralgefühl lehnt sich gegen die Verbericherung und -konzentration, die der Krieg bewirkt, auf. Es erkennt auch den Rechtfertigungsgrund nicht als durchschlagend an, daß die Kriegsgewinner dem Vaterland große Dienste geleistet hätten. Die Frontsoldaten haben Großes geleistet als die Kriegsgewinner und bekommen doch keinen Dank in klingender Münze; eines großen Teiles derselben harret vielmehr nach Friedensschluß der bittere Kampf um eine künftige Existenz. Viele von den Glücksrittern des Krieges aber haben frustriert die Widerstandsstraßen des Vaterlandes bewußt geschwächt, nur um die eigenen Taschen zu füllen, der nachsichtigen Götin Justitia verdanken sie es, daß sie das

Zuchthaus nur mit dem Nermel gestreift haben. Die Kapitalbildung als unentbehrliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung wird durch die Zurückforderung der Kriegseinkünfte und fliegen damit sofort wieder in den Produktionsprozess zurück. Erreicht aber wird, daß das Reich einen Teil seiner Schuldenlast und damit die Zinspflicht für diesen Teil abschüttelt. Wird diese Forderung auch bei allen auf kapitalistische Grundzüge eingeschworenen Politikern auf schärfsten Widerstand stoßen, so muß sie doch von der Sozialdemokratie mit Entschiedenheit vertreten werden. Denn die einschließliche des 1917 beschlossenen Aufschlags von 6 bis 60 Prozent aufliegenden Steuerlasten der Kriegsgewinne gestaltet wird, in desto größerem Maße wird die Vermögensverchiebung wieder ausgeglichen, die der Krieg betrieft hat. Ein solcher Ausgleich ist wünschenswert in Rücksicht auf eine weitere Maßnahme, die ebenso wie die Zurückführung der Kriegsgewinne in die Reichskasse der Schuldenabbildung zu dienen hat.

### Diese weitere Maßnahme ist eine allgemeine Vermögensabgabe.

Solange den Vermögensentzügen, die ein Teil der Bevölkerung im Krieg erlitten hat, große Vermögensgewinne anderer Teile der Bevölkerung gegenüberstehen, kann der Einwand der Ungleichheit und unbilligen Wirkung gegen eine solche Abgabe erhoben werden. Dieser Einwand verliert in dem Maße an Gewicht, in dem die Kriegsgewinne in die Hände des Reiches, d. h. der Volksgemeinschaft zurückgeführt werden. An der Schuldenabbildung ist die Arbeiterklasse deshalb stark interessiert, weil es immer wieder der Ertrag ihrer Arbeit ist, aus dem die den Reichsgläubigern zufließende Kapitalrente bestritten wird, und weil der Arbeiterklasse selbst von dieser Summe ebenfalls nur Prozente zufließen. Aber auch in bürgerlichen Kreisen findet die rasche Abänderung eines erheblichen Teils der Reichsschuld bereits Anhänger. Die Kreditfähigkeit des Reiches bedingt eine solche Abänderung. Es liegen bereits Vorschläge vor, die darin zielen, eine 5-25prozentige Abgabe von allem Privatvermögen — unter Ausschluß der Heimen — zu erheben, um mit dem Ertrag derselben 10 bis 10 Milliarden Reichsschulden rasch aus der Welt zu schaffen. In demselben Sinne hat sich unsere Fraktion im Reichstag wiederholt ausgesprochen, und in dieser Richtung wird sie weiter arbeiten müssen. Werden nun durch Kriegsgewinne und allgemeine Vermögensabgabe wirklich im ganzen 50 Milliarden Mark Schulden getilgt, so bleibt die Zins- und Tilgungspflicht für die anderen 50 Milliarden bestehen, dazu die Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Krieges. Etwa 7 Milliarden werden dann noch an laufenden Mehreinnahmen nötig sein. Es ist unmöglich, eine solche Summe aufzubringen, ohne die

### Direkten Steuern

im großen Umfang in den Dienst des Reiches zu stellen. Die Kapitalbildung wird als Vorbedingung des wirtschaftlichen Fortschritts auch von uns anerkannt, sie darf aber, zumal unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen nicht gefördert werden durch Schonung der am gerechtesten wirkenden Steuerarten, sondern durch eine scharfe Ausgestaltung derselben, die den unbilligsten Luxusformen der Besitzenden einzuschneiden geeignet ist. Die Bundesstaaten müssen ihren Widerstand gegen die Besteuerung des Reiches an den direkten Steuern aufgeben. Den Bundesstaaten sollen ihre Einnahmen aus diesen Steuern nicht gekürzt werden, sie müssen aber gestatten, daß an den zu

## Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(25. Fortsetzung.)

Verdacht verleiht

„Ich habe Sie gleich beim erstenmal geliebt, wo ich Sie sah!“ sagte Bröhans mit plötzlichem Angestimm.

Völlig unvorbereitet auf diesen direkten Angriff, hatte Fräulein Häfeler keine Waffen, ihm zu begegnen. Der Spieß hatte sich gedreht, und rot vor Verwirrung blickte sie weg und gab keine Antwort.

„Ich habe ganze Tage damit zugebracht, die Straße auf und ab zu gehen, wo die Säule drin ist, weil Sie da waren,“ fuhr Bröhans fort. „Ich hab mich manchmal gewundert, daß die Schaulinder es nicht merkten.“

Fräulein Häfeler wandte sich ihm mit rotglühenden Wangen zu.

„Wenn Sie's gern wissen wollen, sie haben's gemerkt,“ sagte sie schalkhaft. „Ich lehrte einem kleinen Kinde den Segen des Schweißens, indem ich es den Nachmittag nachsagen ließ.“

„Ich kann nicht dazu,“ meinte Bröhans. „Sie werden die ganze Säule nachsagen lassen müssen, bevor ich meine Fortliche für die Straße verlasse. Was sagte denn die Kleine?“

„Wir wollen umfinken,“ sagte Käthe lächelnd und schritt, sich wendend, schweigend neben ihm her. Keiner sprach, bis sie die Straße wieder erreicht hatten, und dann blieb Bröhans stehen und blickte ihr schwerm in die Augen. Fräulein Häfeler gab nach einem leichten Versuch den Stumpf auf und schlug die Augen nieder.

„Wollen Sie uns beide gleich behandeln?“ sprach Bröhans mit leiser Stimme.

„Nein,“ entgegnete Käthe. Sie sah schwärzern zu ihm auf und lächelte. Da ging ihm ein Licht auf, und ihre Hand ergreifend, zog er sie an sich.

„Nein,“ sagte Käthe schnell zurücktretend; „das würde nicht recht sein.“

Als Jurist, daß er zu weit gegangen, bekam Bröhans Feigheit wieder die Oberhand. „Was denn nicht?“ fragte er mit einem kritischen Versuch, sich unvorbereitet anzustellen. Ein leises, aber ernstes Lächeln in Fräulein Häfeler's Augen zeigte ihre Meinung von dieser Unerschlichkeit.

„Ich bitte Sie um Verzeihung,“ sagte er demütig.

„Wofür?“ fragte Fräulein Häfeler nun ihrerseits ganz unschuldig.

Dieser Winkelzüge, bei denen er doch kein Glück hatte, bald überdrüssig, versuchte Bröhans es wieder mit einem direkten: „Dafür, daß ich versuchte, Sie zu küssen und dann so tat, als wenn ich nicht wußte, was Sie meinten, als Sie nicht wollten,“ sagte er plump.

„Kapitän Bröhans!“ sagte Fräulein Häfeler atemlos.

„Ich — ich weiß nicht, was Sie meinen.“

„Doch, Sie wissen es,“ entgegnete Bröhans ruhig.

Wieder zeigte sich der Funke in Fräulein Häfeler's Auge, dann biß sie sich auf die Lippen und wandte ihr Gesicht ab, diesen Uebeltäter mit aller verdienten Strenge zu behandeln.

„Das ist wohl das erste mal, daß Sie solche Sachen zu einem jungen Mädchen gesagt haben,“ sagte sie schließlich.

„Ja,“ antwortete Bröhans lässlich.

„Sie haben Übung nötig,“ sagte Fräulein Häfeler spöttisch.

„Ja, das ist wahr,“ gab Bröhans eifrig zu.

Er trat ihr wieder näher, aber sie hielt ihn mit einem Blick in Schach.

„Aber nicht mit einem jungen Mädchen, die halbwegs mit einem andern Herrn verlobt ist,“ sagte sie, ihn mit freundlichen Blicken betrachtend; „das gehört sich nicht.“

„Weiß er, wie es steht?“ fragte Bröhans, natürlich mit Bezug auf den abwesenden Schröder.

„Ich glaube, dann ist es ganz in Ordnung,“ sagte Bröhans.

„Ich nicht,“ meinte Käthe, ihm ihre Hand hinreichend.

„Ich will adieu sagen,“ sagte sie langsam. „Ich will Sie nicht eher wiedersehen, als bis mein Vater gefunden ist. Wenn Herr Schröder ihn findet, will ich Sie überhaupt nicht wiedersehen. Adieu!“

Der Kapitän ergriff ihre Hand und zog die leise Widerstrebende, sich selbst über seinen Mut wundernd, wieder an sich. Dann beugte er seinen Kopf und küßte, mit Fräulein Häfeler's freundlicher Hilfe, ihren Hutrand. Dann riß sie sich von ihm los und lief leichtfüßig den Weg entlang, an dessen Ende sie stehen blieb, um mit der Hand zu winken, ehe sie verschwand. Der Kapitän winkte wieder und ging

dann, nachdem er noch einem Pferde, welches Zeuge all dieser Vorgänge gewesen war, einen kühnen Blick zugeworfen hatte, nach Bremerhaven zurück, um seine mutlose Mannschaft zu neuen Anstrengungen anzuspornen.

### 9. Kapitel.

Käthe hielt ihr Wort. Allerdings konnte sie es nicht verhindern, daß er sie auf der Straße traf, wenn der Schoner in Bremerhaven war, denn wenn sie es versuchte, bot er ihr mit Absicht und Bedacht Trotz. Sie begegnete diesem Ungehörigen schlauerweise dadurch, daß sie sich auf ihrem Heimweg von einer Schülerin begleiten ließ, und als sich dieses als nicht genügend erwies, vergrößerte sie die Zahl. Der Tag, an dem sie mit vier kleinen Mädchen auf der Straße erdient, war der letzte, an dem der Kapitän sie heimbegleitete. Er konnte nur vorangehen oder hinterherpazieren. Die Unterhaltung war äußerst kümmerlich, und der Ausdruck auf den Gesichtern der kleinen Mädchen im höchsten Grade fröhlich. —

\*

Das Suchen dauerte den ganzen Sommer an, und die Mannschaft der „Seemöwe“ gab in den verschiedenen Hafenplätzen zu mancher Bemerkung Veranlassung, wenn sie umherging, als hätte sie etwas verloren. Sie alle trugen nach einiger Zeit ein niedergedrungenes Aussehen zur Schau, das sich beim Stoche, der etwas Kapital in die Sache gesteckt hatte, allmählich in ein völlig resigniertes verwandelte.

Anfang September lagen sie in Olvast, einer kleinen Stadt an der Nordseeküste. Die gewöhnlich führten die Nachforschungen des Kapitän's zu keinem Resultat. Olvast war ein kleiner Ort, der absolut nichts zu verbergen hatte. Aber es war ein schöner Tag, und Fiedje, der einen großen Widerwillen dagegen hatte, bei dem Lösen der Ladung zu helfen, erbat sich die Erlaubnis, an Land gehen zu dürfen, um einige Kleinigkeiten für den Koch einzukaufen und sich dabei etwas umzusehen.

Er schritt munter dahin, von Zeit zu Zeit einen Blick über seine Schulter auf die Staubwolke werfend, die über der „Seemöwe“ hing. Dies war jungfräulicher Boden für ihn und er dürrte nach Abenteuern.

(Fortsetzung folgt.)







haben. Es komme gar nicht darauf an, Länder zu annektieren, es komme darauf an, welches Volk die Macht in der Welt habe: Deutschland oder England. Es komme auch nicht darauf an, Belgien zu nehmen, sondern nur die Möglichkeit müsse geschaffen werden, daß Deutschland im Ernstfall sofort an der belgischen Küste steht. Andre Sätze und die Neben- oder Diskussionsredner waren dagegen schon wieder bestimmt auf Interventionen gerichtet.

Wie die Entente se befehligt werden soll, daß Englands Macht gebrochen und Deutschland an seine Stelle tritt, das beantwortete der Redner zwar nicht, aber er wies auf den U-Boots-Krieg hin. Der unbeschränkte U-Boots-Krieg habe zwar die Kriegserklärung Amerikas im Gefolge gehabt, aber das falle weiter nicht ins Gewicht. Militärisch bedeutet das weiter keine Belästigung, in anderer Beziehung wird das feindliche Amerika kaum mehr schaden können als das neutrale. Der selbe Redner aber, der mit solch schöner Behendigkeit über die Kriegserklärung Amerikas hinwegging, sah in der Kriegserklärung auch der kleinste jüdisch-amerikanische Neuwelt eine große Gefahr. So mischten sich die Elemente; politische Verunft wird — eine Idee. Wenn Deutschland die Entente niedergeworfen hat, dann wird auch die deutsche Auslandspolitik weitere Erfolge haben, dann bekommen die Neutralen Angst. Und Angst ist das belebende und bindende Element der äußeren Politik, darum laßt uns Angst säen. Der Vaterlandsredner wird wissen, daß das deutsche Volk niemals Angst hatte, trotzdem so ziemlich die ganze Welt gegen Deutschland steht. Das deutsche Volk ist in der Minorität. Nur soll aber die Welt, die Majorität, Angst vor Deutschland bekommen! Wird's da Dr. Kulenkampff nicht selbst ein bißchen ängstlich, wenn er daran denkt, daß deutsche Soldaten und deutsche Volksgenossen über diese Angsttheorie lachen und daß schließlich auch die übrige Welt kaum ernst bleibt, wenn sie erfährt, daß ihr Dr. Kulenkampff in Magdeburg Angst beibringen will?

Dies steht wieder die Frage nach dem Mittel, man wurde wieder auf den U-Boots-Krieg gelenkt. Die Frage nach der Zeitdauer des Krieges um die Ziele der Vaterlandspartei wurde nicht gestellt, aber sie lag nahe. Beantwortet wurde sie selbstverständlich nicht, Dr. Kulenkampff erinnerte zum Trost aber an die gute Kartoffelernte. Für das deutsche Volk ist es gewiß ein Segen, daß die Kartoffeln gut geraten sind, die böse Kohltrübenzeit wird dadurch hoffentlich nicht wiederkommen. Aber daß die Annexionspläne im Zeichen der großen Kartoffeln ihre ausschweifenden Ziele zu erreichen glauben, das wird sich noch feiner gedacht haben.

Ueber innerpolitische Fragen wurde nicht geredet. Bekannt ist, daß nach vor wenigen Tagen Anhänger der Vaterlandspartei, die außerhalb Deutschlands sehr viel geändert haben möchten, im Innern nicht nur die alten Zustände erhalten haben wollten, sondern möglichst noch ein bißchen weiter rückwärts zu gehen gedachten. Das war logisch und paßte zu ihren Kriegszielen, aber es war nicht klug, so etwas zu sagen. Im Reichstag wurde ihnen von befreundeter Seite mehr Gefühlsheiligkeit gemischt. Sie haben gelernt und ließen ein Rundschreiben los, in dem es heißt, daß ihre Partei mit innerer Politik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik nichts zu tun hat. Freilich will sie Stütze einer kaiserbullen Regierung sein, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen die Zeichen der Zeit zu demen weiß. Und wenn nicht dieser Satz wäre und noch mehr Neutralitätsbestimmungen für die innere Politik, die Vaterlandspartei würde doch eine rückwärts gerichtete Politik im Innern treiben, weil diese untrennbar verbunden ist mit ihren Zielen in der Außenpolitik.

Dr. Kulenkampff fragte an einer Stelle, wenn wir keine Erklärungen und keine Kriegserklärung bekämen, wie sollten wir da die Steuern aufbringen. Sollen wir den Kommunismus einführen? Nahe Erfahrungen mit dem Kriegskommunismus... Drehendes Gedächtnis unterbrach den Redner. Hier charakterisierte sich der Redner und seine Zukunftsansicht. Daß nach Kriegsende — auch wenn es ein „Verzichtfrieden“ ist — kein Kommunismus „eingeführt“ wird, das weiß der Redner. Es wird ihm aber auch auf ein „Verzichtfrieden“ ein Verzicht auf wirtschaftliche und politische Neugealtungen zur Voraussetzung hat. Nur demokratische Wähler können nebeneinander in Frieden leben, und nur bei gründlichen Reformen im Steuer- und Wirtschaftsweisen sind die Lasten des Krieges zu tragen. Neunungen im Innern wollen aber die Vaterlandspartei nicht zu ihrer Macht-politik. Daher die Mädchen über den Kommunismus und der seine Witz über den Kriegsozialismus.

Die Kriegswirtschaft hat gewiß nicht viel Sozialismus in ihrer Organisation. Wenn aber einige sozialistische Gedanken in ihr zur Geltung kamen, dann sollten vor allem Freunde der Vaterlands darüber froh sein, denn nur dadurch hat sich Deutschlands Kriegswirtschaft verhältnismäßig gut in den Kriegsjahren behaupten können. Wenn in dieser Zeit die wirtschaftliche Macht der Besitzenden sich hätte uneingeschränkt auswirken können, dann hätten die Herren von der Vaterlandspartei heute gewiß keine Gelegenheit mehr, über die Weltmacht Deutschlands hochfliegende Betrachtungen anzustellen.

Bei der Wahl der Vereinsleitung forderte Lehrer Starck auf, auch den Stadtverordneten Rat in die Leitung zu wählen, da er im Vorstand der Mittelstandsvereinigung sei. Starck und Genie in der Leitung der Vaterlandspartei, das ist ein Symbol. Starck und Genie zeichnen sich im Stadtverordneten-Parlament dadurch aus, daß sie sich jeder durchgreifenden Reform des Wohnungswesens entgegenstemmen. Sie sehen nicht die Aufgaben, die hier der Krieg gestellt hat, sie zeigen ein auffälliges Umdenken, mit den Erfordernissen der Zeit intellektuell fertig zu werden. Für die ist nach rühmlich gerichtet. Sie passen daher ausgezeichnet in die Vaterlandspartei. Auch dort reden man über langst vergangenes, als sei es heute Wirklichkeit. Denkt man sich den Ausgang des Weltkrieges wie vor einem halben Jahrhundert? Man sammelt und wagt nach allen Richtungen, übernimmt sich in solchen Worten und zeigt immer nur keine Umnachtung, eine Lösung zu finden. Den einzigen Ausweg, Verwindung zu finden, sehen sie natürlich nicht, der liegt weit über ihrem Sehhorizont. Es wird sich zeigen, wer in dem Ringen um Vaterlandspartei, Demokratie und fortschrittlich Sieger bleibt: die Leute von der Vaterlandspartei oder die besten Massen des Volkes.

Zu erwähnen ist noch, daß Lehrer Pöner eine unannehme Aufgabe hatte, wie man hat nun in der Vaterlandspartei das Rücken den anderen Parteien gegenüber verhielt. Die Einigkeit, die doch von der Vaterlandspartei besonders gepflegt werden sollte, hätte doch eben durch die Gründung dieser Partei einen Stich bekommen. Man sagte darauf, man wolle keine Partei angreifen, aber wenn man angegriffen werde, wolle man sich tüchtig wehren.

### Für unsere Postabonnenten.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher nicht nur an den Briefträger oder die zuständige Postamt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an den Verlag der „Volksstimme“, Magdeburg, Große Münzstraße 3.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 23. September bis 29. September 1917: die Zahl der Geburten 48; der Lebendgeborenen (Sondergeb.) 53 männliche, 36 weibliche, zusammen 89; der Gestorbenen 43 männliche, 37 weibliche, zusammen 80 (Sondergeb. 52 männliche, 42 weibliche, zusammen 94), darunter Kinder im 1. Lebensjahre 8 männliche, 4 weibliche, zusammen 12 (Sondergeb. 1 männliche, 1 weibliche, zusammen 2); die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar Scharlach 3 (davon 1 auswärts), Diphtherie und Krupp 67 (—), Unterleibsruhr 6 (—), Kinderbettfieber (—), Malaria 4 (—),

— Ausfuhrkontrolle für Weißbrot. Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: „Die Provinzialstelle hat für den Stadtkreis Magdeburg eine Umlagregelung für Weißbrot anordnen und dessen Ausfuhr beschränkungspflichtig machen müssen. Denn nur so konnte der maßlosen Abwanderung dieses Magdeburger Gemüses Einhalt getan werden, auf welches die Stadt in diesem Winter besonders angewiesen sein wird.“ — Durch diese Maßnahme der Provinzialstelle soll verhindert werden, daß der Weißbrot, der auf der Magdeburger Fahrt gewachsen ist, ohne Einschränkung ausgeführt, in andern Bezirken zu Wucherpreisen verhandelt wird, während in Magdeburg Mangel herrscht.

— Erhebung über den Schweinebestand. Auf Grund eines Bundesratsbeschlusses findet am 15. Okt. 1917 eine Aufnahme des Bestandes an Schweinen statt. Die Ausföhrung derselben erfolgt in der Weise, daß Beamte der Schumpmannschaft an die hier bekannten Besitzer von Schweinen die Zählkarten austreten und wieder einjammeln. Viehhalter, die bis zum 14. Oktober eine Zählkarte nicht erhalten haben, sind verpflichtet, diese auf dem zuständigen Polizeibetrieb unbenutzt abzugeben und nach Ausfüllung bis zum 16. Oktober dajelbst wieder abzugeben.

— Butter erst am Sonnabend. Infolge störender Zufahren kann der Butterverkauf in dieser Woche erst von Sonnabend an nach dem Kundensystem stattfinden.

**Die 26. monatliche Hausammlung**  
beginnt am 5859  
**Sonntag den 14. Oktober 1917.**  
Direkte Zahlungen auf Postkontonto 22345 oder Geschäftszimmer  
des Roten Kreuzes, Kaiserstr. 64, vormittags von 10 bis 4 Uhr.

— Arbeiterjugend. Am Sonntag trifft sich die Jugend Georgenplatz 10 und im „Weißen Hirch“ (Neue Neustadt). Es wird guter Besuch erwartet.

— Privatangestellte und durchgehende Arbeitszeit. Die Arbeitsgemeinschaft der Privatangestellten-Verbände Magdeburgs beschließt sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der ungeteilten Arbeitszeit. Allgemein kam zum Ausdruck, daß noch viele Geschäfts-inhaber sich nicht an die Verordnung halten und die Arbeitszeit auch über die zugestellte Zeit (Bureaustunde von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr) ausdehnen. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß den Angestellten nicht zugemutet werden kann, über eine 7stündige Arbeitszeit hinaus ohne besondere Mittagspause zu arbeiten, was auch von den Arbeitgeberern hier allgemein anerkannt werden ist. Zur Einhaltung der Verordnung ernannte der Ausschuss ehrenamtliche Kontrolleure aus den Kreisen der Angestellten-Verbände, die für die einzelnen Stadtbezirke die Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften der Magistratsverordnung über die Nicht- und Kohlenverparnis vorzunehmen haben. An den Magistrat soll zur leichteren Nachprüfung der gemachten Ausnahmen mit der Bitte herangetreten werden, sämtliche Firmen, denen eine längere Arbeitszeit gestattet worden ist, der Arbeitsgemeinschaft mitzuteilen.

— Schuld der Heimarbeiter. Nach einer im „Reichsanzeiger“ erschienenen Verordnung treten am 1. Januar 1918 die Paragraphen 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes in Kraft. Die bezeichneten Paragraphen betreffen den Anhang der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Räumen, in denen die Arbeit ausgeübt bzw. abgenommen wird. ferner die Auszahlung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln auf Kosten des Auftragesgebers.

— „Sie hat nichts anzusehen.“ Als Warnung für jene Damen, die trotz zahlreicher Kleidervorsatz „nichts anzusehen“ haben, kann ein Fall dienen, mit dem sich die Strafkammer in Braunschweig zu beschäftigen hatte. Die Tochter eines Rentiers hatte, trotzdem sie schon reichlich mit Bezugschleier bedacht worden war, auf ihr Ansinnen hin auch noch einen Bezugschleier für ein Kleid und für einen Mantel erhalten und zwar auf Grund ihrer Angabe, daß sie derartige Kleidungsstücke nicht besäße. Eine in der Befragung vorgekommene Kleiderrevision forderte infolgedessen eine große Menge von Münteln und Kleidern zutage. Das daraufhin gegen die Hausdame eingeleitete Verfahren bemühte die Angeklagte mit der Einrede zu entkräften, sie habe geglaubt, um modische Kleider brauche sie nicht mitzuzählen. Das Schöffengericht hielt ihr auch den guten Glauben zugunsten und sprach sie frei. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein, und in der erneuten Verhandlung wurde die angebliche Gutgläubigkeit der Kleiderhändlerin widerlegt. Die Beamten von der Bezugschleierkommission befanden, daß sie der Angeklagten ausdrücklich nahegelegt habe, etwaige unmodische Garderobestücke abzulegen, dann könne sie auch einen Bezugschleier auf neue Sachen bekommen. Die Dame habe aber kategorisch erklärt, sie habe keine alten Kleider. Die Angeklagte wurde auf Grund dieser Aussage zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt.

— Neuer Generaldirektor. An Stelle des verstorbenen Dr. Julius Kahlert wurde der seitige Direktor Dr. jur. Heinrich Gehl zum Generaldirektor der Wilhelma in Magdeburg, Allgemeinen Versicherungs-Kassen-Gesellschaft, und Direktor Dr. Schloßmann zum ersten Stellvertreter des Generaldirektors ernannt.

— Ausstellung von selbstgegründeten Zuschüssen. Uns wird geschrieben: Das Gedot der Stunde ist Straßenschilderung zu schonen und selbst nicht mehr ganz einwandfreie Stiesel nur zum Ausgehen zu tragen. Da heißt es: Handschuhe schonen, selbst anfertigen und den größten Teil des Tages tragen. Wie man sich da selbst helfen kann, zeigt uns eine Ausstellung des „Erichen Zuschussvereins“ im „Reichsanzeiger“, Königstraße 17, die heute geladene Gäste gezeigt wurde. Sie sehen da, wie allerlei alte Stoffe und Kleiderreste, Jacken, alte Decken und Filzhüte, dünn gewordene Toppiche, verlässliche Leder-gardinen und dergleichen in formloser, warmer Ganzschuhe eine möbliche Aufzierung feiern. Der Unterricht in dieser aufeinander gar nicht so schwierigen Kunst dauert bei täglich 2 Stunden nur 1 Woche. Die sehr schenkwerte Ausstellung, deren Besuch warm empfohlen werden kann, ist für die Allgemeinheit unentgeltlich am nächsten Sonntag den 14. d. M., vormittags von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr, geöffnet. Dort werden auch Anmeldungen zu den Unterrichtskursen entgegengenommen.

— Schimpfen auf die gegenwärtige Zeit ist — grober Unfug. Dieses klaffige Urteil fällt das Amtsgericht Dresden gegen die Eisenbahnarbeitergattin Toni Dred, die wegen angeblicher Verübung groben Unfuges einen Strafbefehl über 6 Wochen Haft erhalten und hiergegen richterliche Entscheidung beantragt hatte. Frau Dred war beschuldigt, sich auf einer Eisenbahnfahrt zwischen Pirna und Pirna-Großdorf über die gegenwärtige Zeit derartig mißliebige ausgeprochen zu haben, daß es bei andern Fahrgästen Mißbehagen erregte. Das Verhalten soll nahezu an Landesverrat grenzen haben. — Das ist wohl das häßliche Stück, daß die Bevölkerung nicht einmal mehr über die gegenwärtige Zeit schimpfen soll. Und wenn alle eingekerkert würden, die auf die gegenwärtige Zeit schimpfen, wieviel blieben dann noch in Freiheit. Freuden- und Dankeshedter kann doch jetzt keiner fingen.

— Fundstücke. Die Verlierer der bis zum 30. September d. J. in den häußlichen Geschäften gefundenen Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte binnen 6 Wochen beim Magistrat anzumelden. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden am Sonnabend den 13. Dezember 1917, 11 Uhr vormittags, im Zentralsekretariat, Zimmer 3 des Rathhauses Markt, öffentlich versteigert; die Surdehänge werden zur Sammelkasse vereinnahmt.

— Verhaftet wurden der wohnungslose Rastler Walter Fietich von hier, der am 2. d. M. einem Invaliden in der Sitzgelegenheitsstraße, den er mißachtet hatte, 21 Mark gestohlen hat; der Arbeiter Ernst Fietich von hier wegen fortgesetzten schweren Diebstahls an Spiritus.

× Gestohlen wurden in der Zeit vom 29. v. M. bis 10. d. M. aus einem Keller im Hohenkaufening mehrere Flaschen Wein, Büchsen tonnenförmige Milch, Sahne, Gemüse, Kunsthonig sowie Apfel und Birnen; am 7. vormittags vor dem Hauptbahnhof ein ungeschickter Handbrillwagen; am 9. aus einer verschlossenen Wohnung in der Gustafstraße ein Paar Herren- und ein Paar Damenhandschuhe sowie ein Paar Handschuhe mit Schnalle; am 9. oder 10. aus einer Wohnung in der Großen Dießdorfer Straße eine Schachtel, enthaltend ein Paar goldene Ohringe, drei Jubiläums-Preinartstücke, ein vergoldetes Armband und eine Musikuhrkette; am 10. nachmittags aus einer Schenkwirtschaft am Breiten Wege ein Glanfschlag; in der Nacht zum 11. aus einem Stall einer Gartenpartelle an der Olivenstraße vier Hühner, ein Hahn und ein Hahnchen.

### Theater, Konzerte u. Besprechungen.

Konzerte. Das Klingler-Quartett aus Berlin gab in der „Stadtmission“ seinen ersten Beethoven-Abend. Das Quartett ist eine Vereinigung erster Musiker, die sich nach ihrem Führer, Prof. Klingler, nennt. Ihre künstlerischen Ziele hat sie auf die klassische Musik gerichtet. Sie wird hier eine Reihe von Beethoven-Konzerten geben, deren erstes bereits zwei Meisterwerke in das Programm aufgenommen hatte. Die Ausführung war eine ungewöhnlich schlachtvolle und seine. Die Reihheit, gestützt auf eine technisch tadellose Grundlage, feierte ihre Triumphe. Die kommenden Konzerte werden sicher auf ein größeres Publikum rechnen können. — Das zweite Sinfonie-Konzert des hiesigen Orchesters brachte eine Neuheit für Magdeburg: Regers Liedliche Denkmäler nach Böcklinischen Gemälden. Der Musiker hat hier dem Maler kaum gerecht geworden, höchstens dort, wo er den Stimmungsgedalt beim „Seigenden Eremiten“ festhält. Das Fessel- und Pianoforte Regers, das sich in allerdand äußerlichen Verstrickungsstücken festschnürt, hat ihm meist weit ab vom Ziele geführt. Die Aufführung, unter Dr. Rabl's sehr fester Führung, war eines größeren Beifalls wert. Viel enger verbunden fühlte sich das Publikum mit Brahms' erster Sinfonie, die ein bölig andres Gepräge zeigt und das Endziel aller Kunst festhält. Julia Culp sang Wolf- und Brahmslieder mit vollendetem Dechnit und einem sehr beifallswerten künstlerischen Gehaltswillen. Auch sie durfte einen großen Teil der reichlichen Beifallspenden des Abends für ihre Leistungen entgegennehmen.

### Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Freitag: „Das Glück des Eremiten“. Sonnabend (zum erstenmal): „Der Duanstopf“. Sonntag nachmittags (volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen): „Johannistauer“, abends: „Die lustigen Weiber von Windsor“. — Zentraltheater. Heute Freitag Jubiläumsvorstellung, zum 50. Male „Die Hölle von Stambul“. Anfang 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. — Wohlthätigkeitskonzert u. Beiten der Wohlthät. Eintr. d. Mg. deutsch. Musik-Verb. v. St. d. Ort. Dr. Rabl, Sonnabend den 13. d. M., abends 7 Uhr, im Circus. Eintrittskarten bei Beamtenschloßhofen und d. Vorverkaufsstellen.

### Kleine Chronik.

Die Melfinger Raubmörder verhaftet. Der Melfunger Raubmörder an der Witwe des Fabrikdirektors Kaumann ist schneller, als man annahmen konnte, angefaßt worden. Die 78 Jahre alte Witwe Kaufmann, eine vermögende Frau, ist bekanntlich in der Nacht zum 1. Oktober in ihrer Villa in Melfungen in ihrem Schlafzimmer erdolcht und betraubt worden. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf eine schwarzgekleidete verheiratete Frauensperson, die sich unmittelbar vorher als Stütze bei der alten Dame vermischt hatte. Man vermutete, daß sie mit einem Manne zusammen die Tat verübt habe. Diese Annahme hat sich jetzt bestätigt. Die Berliner Kriminalpolizei hat nicht nur die Dame in Trauer, sondern auch den Mann erwischt und festgenommen. Die Frau ist die 24 Jahre alte aus Weddow gebürtige Frau Karoline Kempfer, der Mann der aus Düsseldorf kommende 35 Jahre alte Schlächter Wilhelm Heitkamp. Heitkamp, der im Felde stand, entfloß vor Jahresfrist von seinem Truppenenteil, lernte Frau Kempfer, deren Mann, ein Steuermann, ebenfalls Soldat ist, in Düsseldorf kennen und knüpfte mit ihr ein Liebesverhältnis an. Beide zogen über Land und wiesen sich mit gefälschten Papieren aus. Heitkamp kaufte Spanferkel auf, die er ausgeschlachtet und verkaufte. Bei dieser Beschäftigung hat er wahrscheinlich auch die 78 Jahre alte Witwe Kaufmann kennen- gelernt. Das Paar beging, die Greisin zu ermorden und zu betrauben und gingen nach einem bestimmten Plane vor.

### Nierenüberschwemmungen in China.

Aus Schanghai wird gemeldet: Infolge einer gewaltigen Ueberschwemmung in Nordchina ist eine Fläche von 20 000 Quadratkilometern in einen Nierensee verwandelt worden. Die Ver-bingungen mit Peking sind so mäßig geworden, daß es blickeht notwendig sein wird, die Hauptstadt zu verlassen. Nach einem weiteren Telegramm aus Schanghai besteht kein Zweifel, daß die gewaltigen Ueberschwemmungen in Nordchina unrichtbare wirtschaftliche und politische Folgen haben werden. Die Flüsse sind in Ströme von zwei Meilen Breite und 40 Fuß Tiefe verwandelt. Sie haben die Eisenbahn von Peking nach Hankau weggepült und am 22. September die europäischen Niederlassungen in Tientsin überflutet und den Ueberdamm des Gelben Flusses durchbrochen. Das überschwemmte Gebiet erstreckt sich über ein Gebiet von 300 Meilen vor der westlichen Grenze von Chonung nach Tientsin und wird durch die Eisenbahnlinie Peking-Kaijing und Tientsin-Tientsin begrenzt. Ein dicht besiedeltes Gebiet von beinahe 20 000 englischen Meilen ist ein See von 3 bis 10 Fuß Tiefe geworden. Wenn der Gelbe Fluß bekannt in das Gebiet von Tientsin mündet, wird Tientsin umgeben werden und jedes Jahr einer Ueberschwemmung ausgefetzt sein.

### Gewinnanszug der 10. Preussisch-Friedrichen (236. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 4. Klasse 2. Ziehungstag 10. Oktober 1917

Staf jede gegogene Nummer Had zwei gleich hohe Gewinne erhalten, and zwar je einer auf die Zote gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

|   |                      |
|---|----------------------|
| (Obre Gewinne 2. Klasse I.)   | (Nachdruck verboten) |
| In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 RM. gezogen: 4 Gewinne zu 5000 RM. 55642 79080  |                      |
| 4 Gewinne zu 3000 RM. 15628 145280  |                      |
| 18 Gewinne zu 1000 RM. 2991 10660 61991 70033 104847 134496 170908 171303 223162  |                      |
| 24 Gewinne zu 500 RM. 9761 25914 29588 40593 63661 70779 70610 99855 111391 183034 217464 220529  |                      |
| 70 Gewinne zu 400 RM. 9619 16067 22248 22975 23671 29265 38203 42470 51044 54778 71499 72258 76598 78916 86712 96607 120993 121787 123270 141464 142215 163828 154355 155353 156463 160944 164704 171174 180959 186316 190038 202681 204858 208810 209372 |                      |
| In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 192 RM. gezogen: 2 Gewinne zu 100 000 RM. 166882   |                      |
| 2 Gewinne zu 8000 RM. 74567   |                      |
| 10 Gewinne zu 1000 RM. 64817 125409 161616 173437 182159  |                      |
| 28 Gewinne zu 500 RM. 27353 32600 43774 62404 101283 112704 124634 131737 141761 168172 182136 187969 203680 217440   |                      |
| 64 Gewinne zu 400 RM. 2122 15445 19191 32044 37840 49003 51847 54247 65877 66844 69106 70396 73833 74423 76338 90202 116888 116187 121191 140182 144659 144631 146682 150311 152336 176806 177120 181408 201668 211207 218768 221476                      |                      |

Die Ziehung der 2. Klasse der 10. Preussisch-Friedrichen Klassenlotterie fand am 2. November 1917



